

Eike Wenzel

DAS NEUE GRÜNE ZEITALTER



Wie der Green New Deal unsere Art
zu leben radikal verändern wird

REDLINE | VERLAG

© des Titels »Das neue grüne Zeitalter« von Eike Wenzel (ISBN 978-3-86881-851-2)
2021 by Redline Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.redline-verlag.de>

EINLEITUNG

Unser Aufbruch in das neue grüne Zeitalter

2021 ist für Deutschland ein Superwahljahr, das direkt auf den pandemischen Super-GAU folgt. In den vergangenen Monaten, genauer gesagt seit dem Regierungsantritt Joe Bidens in den USA, ist der Green New Deal, bis vor Kurzem nur ein blumiges Versprechen, ins Epizentrum globaler Politikgestaltung gerückt. Die Bundestagswahl am 26. September wird zur »Klimawahl«. Zukunft wird – nach Jahren Trumpscher Dystopie – plötzlich wieder vorstellbar und planbar. Anfang Mai kippte in Deutschland das Bundesverfassungsgericht ein erst anderthalb Jahre altes Klimagesetz, weil es den Anforderungen des Pariser Klimaabkommens nicht in ausreichendem Maße Rechnung trägt. Die Politik ist angehalten, dafür zu sorgen, dass 2030 bereits 65 Prozent und nicht 55 Prozent des Wegs zur Klimaneutralität geschafft sind. Drei Tage später, so war der *Süddeutschen Zeitung* zu entnehmen, wurde der überarbeitete Gesetzesentwurf vom Umweltministerium auf den Weg gebracht.¹

Das Klima genießt oberste Priorität. Wir haben die planetaren Grenzen längst überschritten und können nicht mehr weitermachen wie bisher. Es ist Zeit zu handeln. Nur noch 4 Prozent aller auf der Erde lebenden Säugetiere gehören nicht zu den Menschen oder werden für die Ernährung des Menschen produziert. 70 Prozent aller lebenden Vögel sind Geflügel, vor allem Hühner, die für uns zum Essen produziert werden. Willkommen im Anthropozän, der maßgeblich durch menschliches Handeln geprägten Welt des frühen 21. Jahrhunderts!² Wir brauchen einen neuen Deal mit der Natur, mit unseren Freiheitsansprüchen und Konsumwünschen. Einen globalen Pakt, der Wirtschaft und Gesellschaft durch eine sozial-ökologische Transformation in ein neues Zeitalter führt.

Die Zukunft beginnt jetzt: ein doppelter Green New Deal

Zu einem ähnlichen Schluss kam Thomas L. Friedman, als er sich 2008 mit den Folgen der globalen Weltwirtschafts- und Finanzkrise für die Märkte und gleichzeitig mit den Auswirkungen des exzessiven Lebensstils der US-amerikanischen Gesellschaft auf die Umwelt beschäftigte. Der Kolumnist der *New York Times* berief sich auf den durch Kurt Andersen geprägten Begriff der »Grasshopper Generation« (zu Deutsch: »Heuschrecken-Generation«), die sich auf der Suche nach immer mehr Erregenschaften und einem immer höheren Lebensstandard rücksichtslos durch ihre Umwelt bewegt und den Bezug zum Ökosystem, den planetaren Grenzen und unseren Ressourcen verloren hat. Letztlich war es Friedman, der – zumindest für die nationale Debatte in den USA – den Begriff des »Green New Deal« prägte, als er im Jahr 2007 in seiner *The New York Times*-Kolumne »A Warning from the Garden« für eine »grüne« Erweiterung des New Deals von Franklin D. Roosevelt aus den 1930er-Jahren und für mehr staatliche Eingriffe angesichts der Klimaerwärmung und ihrer bereits national erlebbaren, drastischen Auswirkungen auf Klima und Umwelt plädierte.³

Friedman lag bereits 2007 richtig: Der Klimawandel ist ein menschengemachter Klimawandel, für den es einen neuen Deal in Wirtschaft und Gesellschaft braucht. Wir brauchen einen Fahrplan, um eine lebenswerte Zukunft für das prekäre Zeitalter des Anthropozäns zu entwickeln. Geschichte wiederholt sich nicht. Doch aus mutigen Maßnahmen in der Vergangenheit lässt sich sehr wohl für die Zukunft lernen. Wir werden in diesem Buch dafür plädieren, dass der Green New Deal, wie er sich seit der Biden-Wahl als transatlantischer, respektive als »doppelter Green New Deal«⁴ darstellt, die historische Chance bietet, einen gesellschaftlichen Neuanfang zu wagen, der die planetaren Grenzen respektiert und dabei die Möglichkeiten zu einem besseren Leben und humaneren Arbeitsverhältnissen auf der Grundlage einer CO₂-neutralen Wirtschaft eröffnet. Damit möchten wir einen Diskurs in Gang bringen, der konkret die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Anthropozän auslotet.

Wovon sich dieser Diskurs bewusst abgrenzt, ist eine Sichtweise, die wir als »das Theorem der Individualisierung der Schuld« bezeichnen. Dahinter verbirgt sich ein Lösungsansatz für unsere ökologische Krisensituation, der davon ausgeht, dass jeder Einzelne durch die Optimierung seines CO₂-Fußabdrucks die Welt retten kann. In letzter Konsequenz läuft das darauf hinaus, die Verantwortung für die Bewältigung

der Klimakrise dem Verbraucher aufzubürden, was eine absurde Überforderung darstellt und komplett die Existenz von sozioökonomischen Megatrends wie Energiewende, Digitalisierung und soziale Ungleichheit ausblendet.⁵

In den Positionen von Wachstumskritikern wie Niko Paech und Harald Welzer wird immer wieder ein solcher Rückzug auf die persönliche Klimabilanz gefordert und als einzig taugliche Maßnahme gegen die Erderwärmung präferiert.⁶ Doch dieses merkwürdig puritanische »Fange bei dir selbst an« schließt sozioökonomische und politische Maßnahmen von vornherein aus; dem Blick auf technologische Entwicklungen verweigert es sich komplett.⁷ Wir werden in der vorliegenden Untersuchung zeigen, dass die wirksamsten Hebel bei der Klimabekämpfung aufseiten der Politik und der Wirtschaft liegen. Es ist für jeden Menschen empfehlenswert, einen nachhaltigen Lebensstil zu entwickeln. Wir würden indes einen schweren Fehler machen, eine solche kulturelle Entscheidung, die in beschränktem Maße einen Beitrag zur CO₂-Reduzierung leistet, als Lösungsansatz für das Menschheitsproblem des Klimawandels in Stellung zu bringen.

Der Green New Deal hat in den vergangenen Monaten eine beachtliche politische Karriere gemacht. Mit ihm verbinden viele Menschen die konkrete Hoffnung, dass es auf globaler Ebene einen konzertierten Ansatz gibt, die Folgen des Klimawandels einzugrenzen und für eine lebenswerte Zukunft zu sorgen. Viele Klimawissenschaftler, NGOs und Politiker sehen in einem Green New Deal (in der EU wird in der Regel von einem »Green Deal« gesprochen) mithin die letzte Chance, wirkungsvolle Schritte gegen einen Klimawandel einzuleiten, der – wird das 1,5- beziehungsweise 2-Grad-Ziel nicht erreicht – zu unkontrollierten und katastrophalen Kettenreaktionen in unseren Ökosystemen führen könnte.

Die globale Vollbremsung durch die Pandemie hat bei vielen Menschen die Frage aufkommen lassen, wie wir nach der Pandemie leben wollen. Schon in den ersten Tagen des Lockdowns wurde debattiert, wie schnell wir wieder in die alte Normalität zurückfinden werden. Leergefegte Straßen, zugesperrte Flughäfen, digitale Konferenzen im Homeoffice machten schnell klar, dass das Virus uns in eine existenzielle Grenzsituation gebracht hatte. Das erzeugt Angst, schafft aber auch Raum für grundsätzliche Fragen. Eine davon lautete: Wollen wir wirklich in die alte Normalität zurück? Können wir noch einmal in die gewohnte Normalität zurück? Was bindet uns an den Status quo ante? Der forcierte Klimawandel duldet keinen Aufschub, Corona hin oder her. Seit dem Jahr 2008 äußern nicht nur Linksradikale, sondern auch der Chef des World Economic Forum WEF, Klaus Schwab (und mit ihm Spitzenpolitiker, Wirtschaftsführer bis hin zu Oberbürgermeistern der größten

Städte der Welt) das Gefühl, dass wir am Ende einer Ära angekommen sind und den Wandel, der durch den Klimawandel mit massiver Wucht herandrängt, endlich gestalten müssen.⁸

Wieso sollten wir also die historische Zäsur der Pandemie nicht dafür nutzen, einen Neuanfang zu wagen? Konzepte eines Green New Deals hatten sich ohnehin bereits in viele Debatten über die Zukunft des Planeten eingeschlichen. Begreifen wir das, was seit gut fünf Jahren von engagierten Frauen und Männern als Green New Deal zwischen Vancouver und Sydney diskutiert wird, als eine große Chance zur Besinnung und Neuorientierung. Der Green New Deal – ein Tipping Point auf dem Weg in ein neues Zeitalter. Der Green New Deal lädt uns ein, als Weltgesellschaft eine Vision zu entwickeln, die uns einen Weg durch Veränderungsturbulenzen hindurchweist. Dafür benötigen wir nicht nur Geld und Technologien. Wir müssen uns über Werte verständigen, Gewohnheiten, Bequemlichkeiten und Vorurteile ablegen, Alltagskultur und Medien, Konsum und Sehnsüchte hinterfragen. Um den Green New Deal aufs Gleis setzen zu können, müssen wir mit einem Wort eine Grundsatzdebatte darüber führen, wie wir in Zukunft leben wollen.

Wir leben in politisch aufregenden Zeiten. Das sollten wir nutzen, um die Weichen für unsere Zukunft zu stellen. Bei der Bundestagswahl im Herbst 2021 stimmen wir über unsere Zukunft ab. Wir stimmen darüber ab, ob wir mit einem Green New Deal unsere Zukunft in die Hand nehmen und konstruktiv gestalten können oder ob wir zu desillusionierten Zuschauern einer ökologischen Katastrophe werden. Wie wir in ein neues Zeitalter der sozial-ökologischen Transformation gelangen, hängt weniger von der Tagesbilanz unseres CO₂-Fußabdrucks, sondern vielmehr von wichtigen politischen Entscheidungen ab, die nur wir als Gesellschaft treffen können.

Dafür brauchen wir ein robustes Wertesystem (Was ist wichtig, was ist gut und was ist moralisch verwerflich?). Es geht um Werteentscheidungen (Ist es moralisch vertretbar, den Klimawandel zu leugnen?), ohne die aus der grün-digitalen Verheißung kein realitätstauglicher Deal wird. Die entscheidenden Weichenstellungen für das 21. Jahrhundert und die Zukunft der Menschheit brauchen eine weltgesellschaftliche Vision. Nur von dort aus können wir Investitionen und Technologien so steuern, dass nicht der Klimawandel und die polarisierenden Internetplattformen uns vor sich hertreiben, sondern wir künstliche Intelligenz, Social Media et cetera für unsere Vision einer guten Zukunft für alle einsetzen können.

Der Green New Deal hat sich in den vergangenen fünf Jahren von einer radikalen Forderung aus Gruppen von Klimaaktivisten vornehmlich in den USA und

Europa zu einem zentralen Begriff des politischen Alltags entwickelt und dominiert seitdem viele Agenden. Den Weg in die transatlantische Politik hat der Green New Deal nicht zuletzt durch die Gesetzesinitiative der demokratischen Kongressabgeordneten Alexandra Ocasio Cortez gefunden. Auf dünnen zwölf Seiten fordert die junge Kongressabgeordnete einen grundlegenden Wandel, bleibt dabei aber sehr unkonkret.⁹ Auch der rasante Aufstieg des Green New Deals in den Strategienetzen der Europäischen Union verlangt, in den kommenden Monaten genau zwischen Verlautbarungsrhetorik und tatsächlich eingeleiteten Maßnahmen zu unterscheiden. Skepsis ist allemal angebracht.

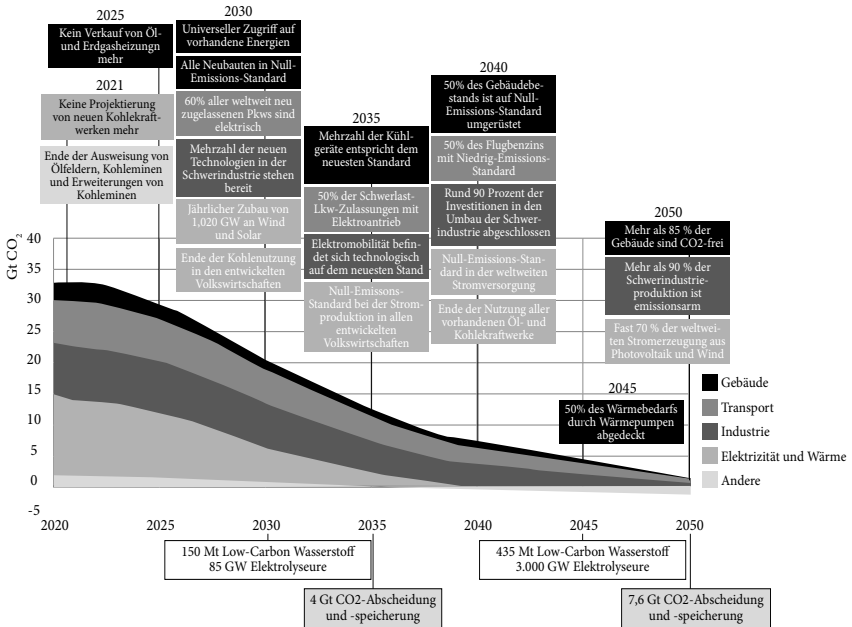
EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 14. Januar 2020 erste konkrete Vorschläge zur Finanzierung des Green Deal präsentiert. Mit dem »Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa« (»Sustainable Europe Investment Plan«, kurz SEIP) möchte die EU-Kommission zwischen 2021 und 2030 öffentliche und private Investitionen in Klimaprojekte von »mindestens 1 Billion Euro« mobilisieren – in Summe etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr. Etwa die Hälfte der Billion Euro soll im Rahmen des Klimaausgabenziels des EU-Budgets finanziert werden. Die andere Hälfte setzt sich aus vier Quellen zusammen: 279 Milliarden Euro werden durch das Investitionsförderungsprogramm #InvestEU (öffentliche und private Investments) generiert. Die Idee hinter #InvestEU besteht darin, durch Anreize private und öffentliche Geldgeber zu Investitionen zu bewegen, während staatliche Garantien mögliche Risiken abfedern. 114 Milliarden Euro fließen laut Plan der EU-Kommission durch die nationale Kofinanzierung einzelner Projekte in den EU-Mitgliedstaaten. 100 Milliarden Euro soll der sogenannte »Mechanismus für einen gerechten Übergang« (»Just Transition«) aufbringen. 25 Milliarden Euro fließen aus dem Innovation and Modernisation Fund des EU-Emissionshandelssystems (»Emissions Trading System«, kurz ETS).¹⁰

Unmittelbar nach der Wahl Joe Bidens zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 20. Januar 2021 legte die US-Regierung einen eigenen Finanzierungsplan für einen Green New Deal vor. Bidens Stimulus-Paket wird bereits jetzt als so etwas wie ein Epochengesetz bezeichnet: 700 Milliarden US-Dollar in Bidens Infrastrukturplan sind allein für erneuerbare Energien vorgesehen, weitere 500 Milliarden US-Dollar für die Investition in Schulgebäude, die Wasserinfrastruktur und die Versorgung mit Elektrizität und Internet für sozial Schwache. Wenig später kündigte Biden an, die Besteuerung für Industrieunternehmen künftig mit einem Mindeststeuersatz von 28 Prozent (Ära Trump: 21 Prozent) anzusetzen.¹¹ Durch den Infrastrukturplan sollen USA-weit 10 Millionen neue Jobs entstehen. Die »lahme

Ente« Biden hat augenscheinlich die Zeichen der Zeit erkannt und legt in Windeseile den Grundstein für die größte sozial-ökologische Transformation in der Geschichte der USA.

Bidens Anknüpfung an die Person Roosevelt und den New Deal ist mehr als offensichtlich und mitnichten zufällig. Franklin Delano Roosevelt, den in den USA alle nur FDR nennen, hat mit seinem New Deal in den 1930er-Jahren dafür gesorgt, dass ein vernünftiges Sozialversicherungssystem und Mindestlöhne eingeführt wurden. Er hat Bankentrusts und Energiekonzerne zerschlagen und zugleich Sozialwohnungen in den Städten gebaut, die ländlichen Gebiete der USA elektrifiziert und 2 Milliarden Bäume pflanzen lassen. Es waren harte Zeiten. Roosevelt wollte Amerika aus dem tiefen Loch, das der Börsencrash 1929 und die Weltwirtschaftskrise gegraben hatten, herausholen. Das Land, erklärte FDR 1932, noch bevor ihm

Ausgewählte globale Meilensteine für Richtlinien, Infrastruktur und Technologiebereitstellung in der dekarbonisierten Welt



Quelle: iea.org

Meilensteine für Politik, Infrastrukturen und Technologie auf dem Weg in die postfossile Ökonomie

die Präsidentschaftskandidatur sicher war, brauche und verlange »bold, persistent experimentation. It is common sense to take a method and try it: If it fails, admit it frankly and try another. But above all, try something.«¹²

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber die Biden-Administration scheint entschlossen, mit dem Green New Deal ein epochales Reformprojekt anzuschieben zu wollen, das dem Wagnis FDRs in nichts nachsteht.¹³

Der richtige CO₂-Fußabdruck allein rettet uns nicht die Welt

Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Was ist in unseren Wohlstandsgesellschaften der zweiten Wirtschaftswunderwelle ab den 1970er-Jahren schiefgelaufen? Was hat uns getrieben?¹⁴ Aus heutiger Sicht haben wir einen Pakt mit dem Teufel geschlossen, dem Neoliberalismus. Marktgläubigkeit, Deregulierung, Beseitigung von Handelshemmnissen, Schutz privater Kapitalrechte, schlanker Staat, Steuerensenkungen wurden selbst von sozialdemokratischen Regierungen (speziell Tony Blair in Großbritannien und Gerhard Schröder in Deutschland) zu ökonomischen Selbstverständlichkeiten für die Aufrechterhaltung des globalen Wohlstandsniveaus erklärt.

Gerade nach dem Fall der Mauer 1989 schien sich der Kapitalismus in ein goldenes Zeitalter aufzumachen, dessen Signatur ungebremstes Wachstum war – man müsse die Märkte nur ihrem eigenen Spiel der Kräfte überlassen. Neoliberale Theoretiker wie Friedrich A. von Hayek und Ludwig von Mises hatten seit den späten 1920er-Jahren die theoretischen Grundlagen für eine ökonomische Weltordnung gelegt, der ab den 1980er-Jahren mehr Macht und Einfluss eingeräumt wurde als jedem Nationalstaat. Im Zentrum dieses Wachstumswahns stand die Idee eines Marktradikalismus, der Gesetze, Institutionen und Politik dafür benutzte, den Märkten immer mehr Freiräume für ihre schwer vorhersehbaren, aber Wohlstand und Überfluss bringenden Entwicklungen zu schaffen. Dass sich Märkte angeblich nicht prognostizieren oder gar steuern lassen, hat die neoliberalen Theoretiker nicht gestört, das war, ganz im Gegenteil, ein entscheidender Baustein ihrer Philosophie. Aber woher rührte dieser eiserne Kampf um die unberührbaren Märkte? Gelingt es, die Märkte dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, können sie nicht von sozialistischen oder sozialdemokratischen Interessen angeeignet werden. Demokratisierung, Teilhabe, Gewerkschaften, die Ansprüche eines Wohlfahrtsstaates, Umverteilung

nach unten – dagegen machte der Neoliberalismus mobil, das weist ihn allerdings auch als reaktionären Gesellschaftsentwurf aus.¹⁵

Und dieser Entwurf verwandelte sich im Lauf der 1980er-Jahre insbesondere in den Administrationen von Margret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA tatsächlich in gesellschaftliche Praxis. Im Vereinigten Königreich begann die neoliberale Ära der Deregulierung und des schrumpfenden Staates mit der Privatisierung der Busse und Bahnen. Und die neoliberale Ideologie avancierte in den 1970er- und 1980er-Jahren über die GATT-Verhandlungen (»General Agreement on Tariffs and Trade«) und die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994 zur hegemonialen Weltwirtschaftsordnung. Es entstand »eine Welt, in der die Wirtschaft vor den Forderungen nach Umverteilung, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit geschützt war«. ¹⁶ Die schöne neue Weltwirtschaftsordnung der befreiten und unantastbaren Märkte brummte, weil sie beim Verbraucher als »ein unerschöpfliches Füllhorn erschwinglicher Konsumgüter«¹⁷ ankam, das von einem Strom billiger Kredite stimuliert wurde – bis 2008 alles zusammenbrach.

Der Konsumrausch fand in der Weltwirtschaftskrise der Jahre 2007 und 2008 ein jähes und schmerzhaftes Ende. Das System des von fossilen Brennstoffen und überhitzten Kreditmärkten angetriebenen Hyperkapitalismus fuhr frontal gegen die Wand. Die entfesselte Marktlogik, die auf der exzessiven Nutzung von Kohlenwasserstoffen (Öl, Gas, Benzin, Kohle), aus dem Gleichgewicht geratener Globalisierung, ungerichtetem Wachstum und der Ökonomisierung von schlechterdings allem basierte, hat Gesellschaften polarisiert und die Natur zerstört. Wir brauchen einen neuen Entwurf für Wirtschaft und Gesellschaft. Und dabei dürfen wir nicht mehr den Fehler machen, die Ökonomie von der Gesellschaft zu entkoppeln. Eines der durchtriebensten Glanzstücke der neoliberalen Weltbemächtigung war nicht die Abschaffung, sondern die strategisch geplante Indienstnahme des Staates zum Schutz der Märkte.

Von hier aus wird deutlich, worum es beim Green New Deal tatsächlich geht. Es geht um das System, das große Ganze. Ja, wir brauchen ein neues System. Ein System, das neue dekarbonisierte Technologien entwickelt und einen gesellschaftlichen Konsens darüber entwickelt, wie wir in Zukunft leben wollen. Mit »dem System« meinen wir nicht den Kapitalismus im engeren Sinne (Märkte spielen für diese Transformation, wie wir noch sehen werden, eine wichtige Rolle). Wir müssen das alte System, das auf der Nutzung fossiler Brennstoffe und der Illusion ewigen Wachstums basierte, durch ein neues ersetzen. Das macht einen Transformationsprozess

unausweichlich, der die gesamte Industrie und unsere Wertschöpfungsmodelle auf den Kopf stellt. Und mehr noch: Um den ökologischen Kollaps zu verhindern, muss der Green New Deal einen bislang ungekannten gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel in Gang setzen.

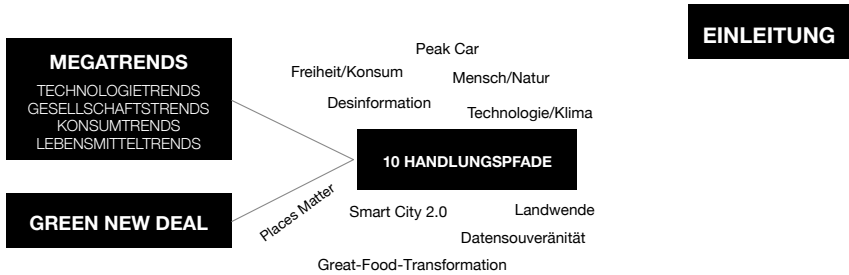
Was können wir als Bürger dafür tun? Wie bereits oben angedeutet, können wir gerade dadurch etwas gegen das Fortschreiten des Klimawandels tun, indem wir anfangen, politisch zu denken und uns aktiv für eine Klimapolitik einzusetzen, die ihren Namen auch verdient. Der amerikanische Geophysiker und Klimaexperte Michael E. Mann liegt richtig, wenn er betont: »Wir Individuen spielen dann eine relevante Rolle, wenn wir gemeinsam handeln, wählen gehen und politisches Handeln fordern.«¹⁸

Auf den eigenen CO₂-Fußabdruck zu achten, ist eine gute Sache, weil sie uns in die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile einübt. Was uns aber nicht passieren darf, ist, durch eine solche Individualisierung des Problems den wirklich wichtigen Hebel für die Begrenzung der Erderwärmung aus der Hand zu geben. Und der besteht darin, dass rund 200 Jahre alte System der Nutzung fossiler Brennstoffe durch Maßnahmen im politischen Feld zu deinstallieren. 70 Prozent der menschengemachten Kohlendioxidemissionen werden von rund 100 Kohle-, Öl- und Gaskonzernen erzeugt. Dieser Fußabdruck ist zukunftsentscheidend! Michael E. Mann weist in seinem Buch *The New Climate War*¹⁹ nach, dass das Konzept des persönlichen CO₂-Fußabdrucks »in den 2000er-Jahren in den USA vor allem vom Energiekonzern BP populär gemacht«²⁰ wurde. Mann weiter: »Wir dürfen nicht zulassen, dass uns (der persönliche CO₂-Fußabdruck, E.W.) als Lösung für die Klimakrise verkauft wird. Denn weder Sie noch ich können einen Preis für Kohlendioxid festlegen. [...] Das sind Dinge, die nur Politikerinnen und Politiker tun können.«²¹ Verhaltensänderungen sind wichtig. Sie sollten jedoch über Anreize schmackhaft gemacht werden, zum Beispiel durch das Überflüssigmachen von Kurzflügen durch ein europäisches Bahnnetz.²²

In dem vorliegenden Buch beschreiben wir zehn Handlungspfade, Zukunftsmärkte und -politiken, die, davon sind wir überzeugt, die Lebensstile und Wertschöpfungsmodelle in der Ära des Green New Deal maßgeblich prägen werden. Wir werden diese Zukunftspfade nur dann beschreiten können, wenn wir als lebendige Gemeinschaft mit vereinten Kräften und auf Basis neuer Kooperationsmodelle zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Unternehmen losgehen. Von Joe Biden wusste man lange vor der Wahl, dass er Roosevelts New Deal im Kopf hatte. Biden wird nicht müde zu betonen, dass das gesplante Land nur durch eine große

Transformation wieder zusammenfinden kann. Der Green New Deal wird nur dann gelingen, wenn gleichzeitig der Megatrend Ungleichheit und der Megatrend Klimawandel adressiert werden kann. Und das bedeutet: »Jobs, Jobs, Jobs«²³, aber in zukunftsfähigen, CO₂-neutralen Industrien.

Man kann sich natürlich auch dem egozentrischen (wissenschaftliche Expertisen souverän ignorierenden) Geschreibe von Autoren wie Jonathan Franzen anschließen und den Klimawandel geschehen lassen.²⁴ Doch das wäre ein moralisches Versagen gegenüber der Gegenwart und unserer Zukunft. Franzens fatalistisches und uninspiriertes Requiem für das Klima zeugt für einen weltbekannten Schriftsteller von erschreckender Fantasielosigkeit. Vom Standpunkt der wissenschaftlichen Klimaforschung aus betrachtet, ist Franzens Text sachlich völlig unhaltbar und in seiner Wirkung noch gefährlicher als die platteste Klimaleugnung. Dabei erleben wir mit der Neuauflage des transatlantischen Klimabündnisses gerade so etwas wie einen Aufbruch, einen positiven »Kipppunkt des Klimaschutzes«²⁵.



EINLEITUNG

PROBLEMLÖSUNGSKAPAZITÄT HOCH		PROBLEMLÖSUNGSKAPAZITÄT NIEDRIG	
• INTERNET DER DINGE	• 3D-DRUCK	• MARKTGLÄUBIGKEIT	• DEREGULIERUNG
• ERNEUERBARE ENERGIEN	• AUTONOMES FAHREN	• GEOENGINEERING	• ELEKTROAUTO
• PRECISION FARMING	• CrisprCAS	• BIOFUELS	• SOCIAL MEDIA
• CRADLE TO CRADLE	• KÜNSTLICHE INTELLIGENZ	• GLOOM AND DOOM	• FOSSILE BRENNSTOFFE
• VERTICAL FARMING	• HORIZONTAL FARMING	• INDIVIDUALISIERUNG	
• APP STATT AUTO	• HORIZONTALE NETZWERKE	• KERNKRAFT	

Zehn Wege in eine gute Zukunft

Quelle: ITZ 2021

KAPITEL 1

Individuelle Freiheit, Konsumgesellschaft und die Wut der globalen Mittelschicht

Der Green New Deal ist nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein gesellschaftliches Reformprojekt. Ein wichtiges Ziel dabei: Wir müssen Auswege aus der klimaschädigenden Konsumgesellschaft finden. Der Neoliberalismus hat seit den 1990er-Jahren für seine Marktfantasien die globale Mittelschicht »erfunden«. Seitdem können sich Mittel- und Oberschichten Gesundheit in Form von Wellness und Yoga leisten, während für die Allgemeinheit die Gesundheitssysteme abgebaut wurden. Auf den Querdenker-Demos und bei dem Sturm auf das Washingtoner Capitol demonstrieren orientierungslose Mittel- und Oberschichtler gegen das Ende einer Ära, in der fast alles möglich schien (»Anything Goes«) und praktisch keine Grenzen existierten.

Ein bewölkter Himmel über Washington D.C., Temperatur: sechs Grad Celsius, ruhiges Flugwetter, aber beste Aussichten für einen fabelhaften Tag in der Hauptstadt. Jenna Ryan, eine erfolgreiche Immobilienmaklerin aus dem texanischen Frisco, landete am Mittwoch, den 6. Januar 2021 vormittags in Washington D.C. Zusammen mit einigen Freundinnen und Freunden hatte sie die kleine Maschine gechartert, um bei dem Sturm auf das Capitol, dem Herzen der amerikanischen Demokratie, dabei zu sein.

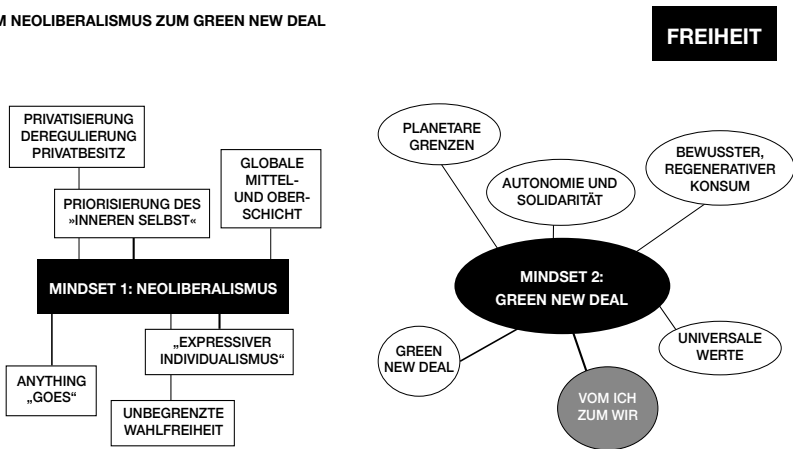
Ryan, die im »Dallas Talk Radio« auch eine eigene Radioshow produziert, hält ihren Ausflug zur Erstürmung des Capitols in ungezählten Fotos fest. Wehende

blonde Haare, ein selbstbewusstes Lächeln, Sonnenbrille, Handtasche. »We the people are pissed off ... We flew by a private jet, God wanted us here today. Trump is my president.«¹ Den Fußmarsch zum Capitol Hill filmte Ryan in einem Livestream.

Es würde einer der besten Tage ihres Lebens werden, teilte sie aufgedreht über die sozialen Medien mit. »This is a prelude going to war« – das ist der Auftakt für einen Krieg. Als die Verwüstungen auf Capitol Hill begannen, posierte Ryan neben einer zerbrochenen Scheibe, während eine Frau erschossen wird und weitere vier Menschen ihr Leben lassen müssen. Auf ihrem zwischenzeitlich stillgelegten Twitter-Account teilte sie mit: »All these working class people taking the week off ... We flew here for freedom. They want to steal the election, they want to steal everything.«²

Ohne eine freiheitliche Gesellschaft und autonom handelnde Individuen ist die Umsetzung des Green New Deal nicht vorstellbar. Freiheit ist ein großes Wort, es verleitet zum Träumen und verspricht, was sich viele wünschen: Unabhängigkeit von Zwängen, das tun können, was man möchte. In den Diskussionen der vergangenen Monate ist Freiheit zu einem Kampfbegriff aufgerüstet worden. Die Corona-Pandemie, so haben es sich sogenannte »Hygienesdemonstranten« und Impfgegner zurechtgelegt (die schnell von Rechtsradikalen vereinnahmt und instrumentalisiert wurden), setzt unserem Konzept der freiheitlichen Orientierung und Selbstverwirklichung drakonische Grenzen.

VOM NEOLIBERALISMUS ZUM GREEN NEW DEAL



Vom Neoliberalismus zum Green New Deal

Quelle: ITZ 2021

Die Geburt der Konsumgesellschaft und der modernen Mittelschicht aus dem Geist des Marktliberalismus

Was der lässige Wochenendtrip Jenna Ryans zum Angriff auf die amerikanische Demokratie ebenso wie die hiesigen Pseudodemonstrationen gegen die Corona-Verordnungen offenbaren: Freiheit wird gerne dann aus der Stereotypenkiste der Empörung hervorgezaubert, wenn Einschränkungen persönlicher Freiheit in Kauf genommen werden müssen. Drohen in unserer Wohlstandsgesellschaft persönliche Einschränkungen, werden gelebte Verantwortungslosigkeit und Ignoranz gerne mit dem Kampf um die Freiheit bemäntelt. Dann radikalisiert sich die gehobene Mittelschicht und ruft zur Subversion von oben auf. Die individuelle Freiheit ist eine der beliebtesten Münzen in diesem Spiel.

Freiheit ist ein ganz besonderer Stoff. Das Beschwören individueller Freiheit ist vielleicht der wichtigste Kampfbegriff für Konservative in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Freiheit spielte hierzulande bereits in den politischen Debatten in den 1950er- bis 1980er-Jahren eine zentrale Rolle. Gleich im ersten bundesdeutschen Wahlkampf 1949 wurde Freiheit gegen das Gespenst des Sozialismus mobilisiert. Im Wahlkampf bekannte der Christdemokrat Konrad Adenauer, der als erster Bundeskanzler aus dem Wahlkampf hervorgehen sollte: »Wenn wir die Wahl haben zwischen Freiheit und Sozialismus, wissen wir, was wir wählen: Wir wählen die Freiheit.«³ Bis in die 1970er- und 1980er-Jahre diente sie den Konservativen als symbolpolitisch hoch aufgeladener Begriff im polemischen Kampf gegen die vermeintliche sozialistische Bedrohung aus Osteuropa und die Gefahren linker Politik und Meinungsmache (»Rotfunk«-Kampagne der CDU gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk⁴) im Inland. Der Wahlkampf 1976 stand vonseiten der CDU ganz im Bann der Erhaltung der Freiheit. Der Rechtskonservative Alfred Dregger stellte die Republik vor die Alternative »Freiheit statt Sozialismus«. Doch die Wähler vertrauten dem pragmatischen Sozialdemokraten Helmut Schmidt und sahen in der Ostpolitik Willy Brandts zu Beginn der 1970er-Jahre keine sozialistische Gefahr.

Doch Freiheit blieb bis in die Gegenwart ein zentraler Begriff im Stehsatz rechtskonservativer Wahlkämpfer. Noch im Jahr 2007 trug das Grundsatzprogramm der CDU den Titel »Freiheit und Sicherheit«⁵, wobei der Slogan die Älteren unter uns irritieren dürfte, denn die Angst vor dem Freiheitsentzug durch Kollektivismus und sozialistische Bedrohung stand im 2007er-Programm der Christdemokraten längst

nicht mehr im Vordergrund. Hier ging es vielmehr um die Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels. Die Zukunft der Familie angesichts individueller »Lebensverläufe« prägt das christdemokratische Programm. Freiheit wird auffällig oft mit Verantwortung kurzgeschlossen. Politisch korrekt zeigen die Konservativen, das sie in der Gegenwart der »Erlebnisgesellschaft«⁶ angekommen sind. Wer die 1960er- und 1970er-Jahre halbwegs bewusst miterlebt hat, der verbindet mit »Freiheit und Sicherheit« nicht in erster Linie die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Ähnliches, sondern das bipolare Wettrüsten, den Kalten Krieg und den Nato-Doppelbeschluss.

Bis heute sind tendenziöse Schwingungen (eingebildete Feinde, irrationale Ängste) und demagogische Neigungen zu bemerken, wenn in rechtskonservativen und -liberalen Kreisen der Begriff Freiheit in weltanschaulichen Debatten zum Einsatz kommt. Freiheit ist für die dem nationalsozialistischem Terror entronnene Bundesrepublik und speziell in konservativen Kreisen ein besonderes Elixier. Die Instrumentalisierung des Freiheitsbegriffs durch Konservative reicht indes noch weiter. Bleiben wir noch kurz in den frühen 1950er-Jahren und bei der regierenden CDU. Im Bonner Wirtschaftsministerium, das von Ludwig Erhard, dem Vater der sozialen Marktwirtschaft geleitet wurde, war Freiheit eine nicht weniger wichtige Vokabel.

Denn im Windschatten des Siegeszugs der sozialen Marktwirtschaft wurden auch im Wirtschaftsministerium der frühen 1950er-Jahre die Grundlagen für eine neoliberale Wirtschaftsordnung gelegt. Ein Intellektueller wie Alexander Rüstow und der Volkswirtschaftler Wilhelm Röpke dockten mit ihren marktradikalen Ideen unter anderem über Alfred Müller-Armack, Nationalökonom und Leiter der Grundsatzabteilung des Wirtschaftsministeriums, in der deutschen Regierungspolitik an. Rüstow predigte schon in den 1930er-Jahren die »Selbstbegrenzung des Staates«⁷, um sich den Versorgungsansprüchen von Bedürftigen zu entziehen und den Märkten das Management der Verbraucherwünsche zu überlassen.

Im Neoliberalismus spielt Freiheit, und zwar als individuelle Freiheit der Bürger und Handlungsfreiheit sich selbst regulierender Märkte, eine wichtige Rolle. Der Staat zieht sich zurück, er reguliert nicht und bevormundet den Einzelnen nicht. Auch wenn sich die soziale Marktwirtschaft bis in die 70er-Jahre hinein als Erfolgsmodell für die Wohlstandsgesellschaften der westlichen Welt erweisen sollte, der Neoliberalismus, Freiheit des Einzelnen und eine marktliberale Wirtschaftsordnung spielten (nicht nur) in der konservativen Welt von Unternehmen und Politik eine prägende Rolle. Die Befürchtungen gegenüber einem ausufernden Wohlstands- und Versorgungsstaat riefen immer auch das Gespenst einer sozialistischen Wirtschaft

herbei, womit sich bis heute Unternehmerverbände gewinnen und Wahlkämpfe gegen Links bestritten werden konnten.

1947, zwei Jahre vor Gründung der Bundesrepublik, hatte sich in der atemberaubenden Berglandschaft um den Genfer See die wirtschaftsliberale Mont-Pèlerin-Gruppe um liberalkonservative Wirtschaftstheoretiker, Sozialphilosophen und Publizisten wie Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke, Walter Eucken, Walter Lippmann und Milton Friedman gegründet. Dieses Netzwerk erwies sich die gesamte Nachkriegszeit hindurch, in Nordamerika wie in Europa, als politisch höchst einflussreich. Doch erst Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre, durch die Wahlsiege von Ronald Reagan in den USA und Margret Thatcher in Großbritannien, fand der endgültige Durchbruch des neoliberalen Wirtschaftsmodells statt. Margret Thatcher war eine wahre Meisterin der Entstaatlichungspolitik in kleinen Schritten, bei der jedoch nichts weniger geschah, als die Aufgaben von Staat und Markt neu zu definieren. Thatcher begann in Großbritannien Anfang der 1980er-Jahre mit der vorsichtigen Liberalisierung des Fernbusverkehrs, um wenig später die radikale Privatisierung der britischen Eisenbahn umzusetzen.

Der Clou dabei: Durch Entstaatlichung und Liberalisierung entsteht individuelle Freiheit als Freiheit zum Konsum. Dieser Taschenspielertrick der Wirtschaftsliberalen, um den es mir hier geht, funktioniert in zwei Schritten:

Erstens: Indem aus staatlicher Fürsorge (Krankengymnastik, erschwingliches Wohnen, niedrige Strompreise) durch Deregulierung ein Markt entsteht, werden Bürger zu Konsumenten, die für die »freie« Wahl von Dienstleistungen bezahlen. Zweitens: Indem Bürger zu Konsumenten werden, ist es jeder Einzelne von uns, der – indem er die Dienstleistungen als Ware kauft – die Transformation von der garantierten Versorgung zur Marktlösung unbewusst akzeptiert.

Man könnte das als elegante »Mikropolitik einer entstehenden Marktgesellschaft«⁸ bezeichnen, die sich dadurch auszeichnet, dass ihre Bürger zu den konsumierend-genussorientierten Konjunkturmotoren einer »Vermarktlichung« werden, die uns zu scheinbar souveränen Konsumbürgern »ernennt« und zu Mikrorevolutionären, indem wir als zahlungskräftige Mittelschichtler immer mehr individuelle Kaufentscheidungen aneinanderreihen.

Mit dem Entstehen einer neuen globalen Mittelschicht, wie sie sich in der westlichen Welt seit dem Beginn der 1990er-Jahre vollzog, avancierte die Suggestion der individuellen (Konsum-)Freiheit zu einem höchst einflussreichen Trend. Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama⁹ zeigt sehr schön, dass die Idee der Freiheit, (scheinbar) nach seinen spontanen Wünschen und Bedürfnissen leben zu können,

eine lange Tradition hat. Und zwar im angelsächsischen Liberalismus eines Thomas Hobbes («Homo Homini Lupus») und eines John Stuart Mill. Hobbes begreift das Individuum in seinem negativen Menschenbild des »Leviathans«¹⁰ als mechanischen Bedürfnisautomaten, der seelenlos auf Befriedigung seiner individuellen Bedürfnisse programmiert ist. Aspekte dieser an den inneren Regungen des einzelnen orientierten Naturrechts sind in die amerikanische Verfassung mit dem berühmten »Life, Liberty and the pursuit of Happiness« eingeflossen. Freiheit hat für Hobbes und Mill nichts mit Metaphysik und freiem Willen zu tun: »(...) für sie ist Freiheit schlicht die Fähigkeit, seinen eigenen Wünschen und Leidenschaften ungehindert durch äußere Zwänge nachzugehen.«¹¹

Wir sehen, die – befürchtete – Beschneidung von persönlicher Freiheit diene Konservativen schon oft, um Regelungen und staatliche Eingriffe zu unterminieren. Im Hintergrund steht bis heute noch die Angst vor Sozialismus und Kollektivierung, dem Wohlfahrtsstaat. Der Rechtspopulismus ist mit einigem Abstand betrachtet in erster Linie ein Empörungsaufstand gegen den befürchteten Freiheitsentzug durch den Staat, der als bedrängende Obrigkeit imaginiert wird: »Das wird man doch wohl noch sagen dürfen...«

Aber auf welche Freiheit berufen sich die Rechten, ebenso wie Teile der FDP, die neoliberalen Wirtschaftseliten und überraschenderweise auch die »Hygienesdemonstranten«? Warum reden wir plötzlich in einer demokratischen Gesellschaft über den Verlust von Freiheitsrechten und über angeblich nicht mehr vorhandene Redefreiheit? Was ist da in den vergangenen Jahren schiefgegangen?

Wir fürchten uns vor staatlichen Übergriffen bei der Datennutzung, hängen aber jeden Tag ungezählte Stunden auf Facebook und Twitter ab und füttern die Plattformen mit Millionen Daten. Bei sogenannten Hygienesdemonstrationen wird diffus-aggressiv vor Diktatur und Überwachungsstaat gewarnt, dabei geht es nur um den Schutz vieler Menschen vor gegenseitiger Ansteckung.

Im Rechtspopulismus ist die Angst vor dem Verlust der Freiheit einer der wichtigsten Kampfbegriffe, um Ängste und Unzufriedenheit zu schüren. In den rechtspopulistischen Diskursen (wozu Corona-Kritiker und Klimaleugner strukturell auch zu zählen sind) kann die Angst um die Freiheit deshalb verfangen, weil die Menschen gerade in den westlichen Industriestaaten seit der Weltwirtschaftskrise 2008 tatsächlich vieles verloren haben. Sie haben allerdings nicht ihre persönliche Freiheit verloren, sondern das Vertrauen in die herrschende neoliberale Wirtschaftsordnung.

Die wütend artikulierte Sehnsucht nach Freiheit, die bei den Demos im Sommer und Herbst 2020 so skurril zum Ausdruck kam, verlangt im Grunde nichts anderes

als die weiter garantierte »Freiheit zum Konsum«. Darum ging es: Die Hygieneregeln in der Pandemie (in Deutschland alles andere als strikt formuliert) wurden kurzerhand als freiheitsberaubend gebrandmarkt, weil sie einen – in dieser Form zweifellos ungekannten – regulatorischen Eingriff des Staates in das Alltagsleben bedeuteten.

So gesehen reklamieren die verwirrten Pseudo-Demonstranten eigentlich nur ein Freiheitsideal, welches wir uns alle in den vergangenen rund 40 Jahren in der neoliberalen Ära angeeignet haben. Auf eine Kurzformel gebracht: »Für die Entfaltung meiner individuellen Bedürfnisse soll es möglichst keine Begrenzungen geben, wo kommen wir denn da hin?!« Die Bekenntnisse der Wirtschaftsliberalen (freie Märkte, grenzenloser Handel, Globalisierung, Deregulierung und Privatisierung als oberste Maxime unseres Handelns) lassen sich tatsächlich in dieser Weise zusammenfassen.

Wir möchten die »Freiheit zum Konsum« und unsere Konsumgesellschaft hier nicht plakativ denunzieren. Es geht uns vielmehr darum, ein System zu verstehen, welches Konsummärkte für wenige schafft, während die Versorgungsaufgaben des Staates unter der Hand eingestellt werden. Wir sind der Überzeugung, dass wir das neoliberale System, das uns lange Zeit – zumindest in der westlichen Welt – getragen hat, in seiner Statik begreifen müssen, um es dekonstruieren zu können. Verstehen müssen wir es deshalb, weil es uns nicht mehr weitertragen wird. Das System ist an seinen eigenen Voraussetzungen gescheitert (Wohlstand durch Konsum, Konsum für alle, Märkte als Demokratisierungstreiber). Wir müssen dieses Scheitern präzise analysieren, bevor wir ein neues System bauen können, das unsere Zukunft auf dem Planeten Erde sichert.

Von »Prothesengöttern« und dem Unbehagen in der Gesellschaft der Gegenwart

Deswegen müssen wir grundsätzliche Fragen stellen. Wie ist es beispielsweise wirklich um die individuelle Freiheit in demokratischen Gesellschaften wie der unseren bestellt? Moderne Gesellschaften, wie wir sie kennen, fußen, verkürzt gesagt, darauf, dass sie für den Einzelnen zwei Dinge regeln: den Schutz gegenüber der Natur und ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben mit anderen Menschen. Sigmund Freud hat das in seinem berühmten Aufsatz »Das Unbehagen in der Kultur« im Jahr 1930 so formuliert: Menschliches Zusammenleben werde dann überhaupt erst möglich, »wenn sich eine Mehrheit zusammenfindet, die stärker ist als jeder Einzelne und gegen jeden Einzelnen zusammenhält«. ¹² Freud spricht in dem Text von

Kultur und nicht von Gesellschaft (oder Gemeinschaft). Beide Begriffe sind aber bedeutungsgleich zu verstehen. Kultur ist für Freud die Summe der »Leistungen und Einrichtungen«, mit der sich eine Gesellschaft grundlegend organisiert. Wer genau hinhört, der erkennt, dass Gesellschaften daraus durchaus auch selbstbewusst einen Macht- und Rechtsanspruch ableiten können, der nötigenfalls auch gegen den Einzelnen mit Autorität durchgesetzt werden kann.

Freud macht noch eine weitere für unsere aktuelle Lage sehr interessante Bemerkung (und würde damit wohl nicht nur hierzulande viele Corona-Skeptiker gegen sich aufbringen), wenn er feststellt, dass »individuelle Freiheit« in der Gesellschaft genau genommen gar nicht vorkommt. Eine Gesellschaft besteht aus den von der Mehrheit getragenen Maßnahmen, um Fehlverhalten oder, wie Freud es formuliert, »die Aggressionstribe des Menschen« einzuhegen. Und der Vater der Psychoanalyse fügt noch eine Zuspitzung hinzu: »Die individuelle Freiheit ist kein Kulturgut. Sie war am größten vor jeder Kultur, allerdings damals meist ohne Wert, weil das Individuum kaum imstande war, sie zu verteidigen.«¹³

Freud fordert also von jedem Einzelnen das Akzeptieren eines Realitätsprinzips, das uns von der gesellschaftlichen Außenwelt als Bedingung für ein geregeltes Zusammenleben auferlegt wird. Mit dem Realitätsprinzip erkennen wir ethische Prinzipien und Normen der menschlichen Gesellschaft an und richten uns als verantwortungsvolle Individuen nicht nur nach dem, »was angenehm, sondern was real (ist), auch wenn es unangenehm ist.«¹⁴ Als Menschen mit einer intakten Ich-Entwicklung leiten wir Impulse aus dem narzisstischen Lustprinzip um und passen es der äußeren Realität an, wodurch bewusste Funktionen wie Aufmerksamkeit, Empathie, Gedächtnis und Urteilsvermögen bei unseren Handlungen die Oberhand gewinnen. Im nächsten Abschnitt werden wir sehen, wie der Hyperindividualismus unserer Konsumrealität Verhaltensweisen (Hygienesdemonstrationen, Klimaleugnung) ausprägt, die eine verantwortungsvolle Orientierung an der Realität mit kindlichem Trotz verwirft.

In einer Selbstverwirklichungskultur wie der unsrigen zu Beginn der 20er-Jahre des 21. Jahrhunderts klingen solche Formulierungen lustfeindlich und autoritär. Freud scheint nicht das volle Vertrauen in die Ich-Stärke und die Kraft zur Selbstbestimmung des modernen Menschen zu haben. Unterordnung und Einschränkung, das kann doch nicht alles sein, was Psychologie und Psychoanalyse für den Einzelnen in einer Gesellschaft als individuellen Spielraum definieren?! Freud definiert Unterordnung und Einschränkung als kulturstiftende Tugenden, ohne die menschliches Zusammenleben nicht möglich ist. Abgesehen davon sieht er die Individuen seiner Zeit zugleich aber auch auf dem Sprung zu Höherem.